



### Für Sie da!

#### Diskussionsabend

mit der Landtagsabgeordneten

**Marlies STEINER-WIESER**

Gasthof Rechenwirt

29. Oktober 2015

20:00Uhr

### Komm vorbei!

## Soziale Sicherheit für unsere Gemeindebürger

### Werden unsere Bürger entmündigt?

*Gesetzesänderung: Bund bestimmt Asyl-Unterkünfte*



die sich sonst für ihre allenfalls zu flüchtlingsfreundliche Haltung vor ihren Gemeindebürgern (oder zumindest vor der örtlichen FPÖ) verantworten müssten, aber das Einspruchsrecht geht ebenfalls verloren.

SPÖ, ÖVP und die Grünen haben sich auf ein Verfassungsgesetz für ein Durchgriffsrecht bei der Unterbringung von Asylwerbern geeinigt. Die Quote für Gemeinden bei der Unterbringung für Asylwerber soll 1,5 Prozent betragen. Diktatorisch versuche man jetzt, den Gemeinden und Bezirken gegen ihren Willen Zwangsquoten zu verordnen. Das ist eine Politik der Entmündigung der Bürgermeister und der Bevölkerung. Es nimmt zwar die Bürgermeister aus der Schusslinie,

H.S.



## Eine Analyse der Gemeindearbeit

Die FPÖ Elsbethen hat auf Anregungen der Bürger von Elsbethen in dieser Gesetzesperiode so einige Anträge und Anregungen in der Gemeindevertretung gestellt. Angefangen von der Parkplatzproblematik über ein Verkehrskonzept (Umfahrungsstrasse) in der Gemeinde, sowie ein WLAN-Netz im Gemeindezentrum und den sozialen Wohnbau für die Jugend in der Gemeinde Elsbethen. Die grundsätzliche Vorgangsweise unserer schwarz/roten Gemeindevertreter ist es, alles zu verhindern was die FPÖ an Anträgen in die Gemeinde einbringt. Mit dem Motto Neuerungen sind nicht erwünscht. Der Fortschritt in der Gemeinde muss warten. Unlängst schrieb die SPÖ in Ihren INFOBLATT, die Zusammenarbeit sei nur mit der ÖVP möglich.

H.S.

## „Große Politik“ – „Kleine Politik“

Die Flüchtlingskrise bringt es wieder einmal zum Vorschein, dass die „Große Politik“ sich schwer tut. Die Medien posaunen es hinaus, die „Große Politik“ ist überfordert und hilflos, sie ist unfähig und säumig, sie regiert gegen die Interessen der Bürger, gegen jene der Asylwerber und, und, und...

Im Ziel der Kritik finden wir die EU (oft mit dem Synonym „Brüssel“ bezeichnet), den Bund bzw. die Bundesregierung („Wien“) und manchmal die Länder (z.B. „Salzburg“).

Ich möchte hier nicht zuweisen, wer denn gerade mehr oder weniger „Schuld“ habe oder „seine Hausaufgaben“ nicht gemacht hätte, nein im Gegenteil! Hier sollen Auswirkungen auf die „Kleine Politik“, auf uns Bürger in der Gemeinde angesprochen werden. Nur der Vollständigkeit halber: das soll nicht heißen, dass „Große Politik“ unwichtig ist, sie gibt uns den notwendigen Überbau im Alltag. Das tägliche Leben wird aber durch die „Kleine Politik“ bestimmt, und die wird nun einmal in der Gemeinde gemacht. Also zurück zum hochaktuellen Beispiel der Asyl- und/oder Flüchtlingskrise. Der Flüchtlingsstrom ist da, er wird wohl auch so schnell nicht abebben. Einzelne Bürger und Gemeinden können ihn nicht eindämmen und nicht steuern, sondern nur zur Kenntnis nehmen. Die „Große Politik“ muss angesichts der Ausweglosigkeit auf durchaus unbeliebte Maßnahmen, wie vor allem Quotenregelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene zurückgreifen.

Ich weiß, das musste noch nicht angewandt werden, die Grundlagen dazu sind aber wohlweislich geschaffen, bei uns in Österreich das vielzitierte „Durchgriffsrecht“, wo Gemeinden eine Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen werden müssen, die 1,5% jener der Bevölkerung entspricht, das wären ca. 80 in Elsbethen. Wir alle sind uns wohl einig: Menschen, die zu uns flüchten, die ohne Lebensgrundlage sind, bedürfen unserer Hilfe, wir müssen uns um sie kümmern, selbst wenn wir vielleicht mit der „Großen Politik“, die die Situation (mit-)verursacht hat, unzufrieden sein mögen. 1,5%, 80 in Elsbethen wären eine Herausforderung, bewältigbar – aber nicht leicht.

Die Hoffnung kann nur sein, dass es nicht mehr werden. Die „Kleine Politik“ ist also wie immer gefordert, die täglichen Probleme zu lösen. Gemeinden kümmern sich um das Leben der Menschen und der Familien. Kindergärten (Ab-)Wasser, Müllabfuhr, öffentlicher Verkehr und, und, und... Wir tun dies zum Wohle der Menschen immer im größtmöglichen Konsens, müssen es also auch in dieser Krise tun. Seien wir uns bewusst, die Politik ist schuld an der Situation. Lasst uns hier in der „Kleinen Politik“ jene Dinge lindern, für die die „Große Politik“ keine Lösung hat.

J.R.

## Wohnungsmarkt gerade für sozial schwächere Mitbürger

*Der Anteil an Mietwohnungen in Elsbethen beträgt 64% vom Gesamtbestand der angebotenen Wohnungen.*



Die Öffnung des geförderten Mietwohnbaus für gewerbliche Bauträger und natürliche Personen hat mittel- und langfristig eine Verringerung des Angebotes an dauerhaft günstigen mietpreisregulierten Wohnungen in den Salzburger Gemeinden, die zu einem großen Teil die Vergaberechte an derartigen Wohnungen haben, zur Folge. Wohnungssegmentes gerade für sozial schwächere Mitbürger. Der Zugang zu dieser Förderungssparte für gewerbliche Bauträger und natürliche Personen lässt einen verstärkten Druck auf den Grundstücksmarkt mit preissteigernder Wirkung befürchten. Wohnbauförderungsmittel zur Gänze von den Salzburger Gemeinnützigen aufgrund der Beschränktheit der Förderungsmittel, ist mit der Öffnung des geförderten Mietwohnbaus für gewerbliche Bauträger und natürliche Personen, kein Wettbewerb zu erwarten.

H.S.

## Wir machen mit!

Ich möchte kurz ein paar Zeilen über die Schlagwörter "Audit - Familienfreundliche Gemeinde" verlieren, die in der heutigen Zeit in der modernen Gemeindepolitik nicht fehlen darf.

Das "Audit - Familienfreundliche Gemeinde" ist ein kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte. Das Ziel ist es, das Vorhandensein familienfreundlicher Maßnahmen in der Gemeinde zu identifizieren und den Bedarf an weiteren zu ermitteln. Ein Ausschuss erarbeitet bedarfsorientiert neue Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit. Die gesetzten Ziele sind innerhalb von drei Jahren umzusetzen. Nach positiver Begutachtung der umgesetzten Maßnahmen durch eine externe Zertifizierungsstelle wird die Gemeinde vom Bundesministerium für Familien und Jugend (BMFJ) mit einem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet. Das Gütezeichen familienfreundliche Gemeinde erhöht die Attraktivität Ihrer Gemeinde als Wirtschaftsstandort und schafft einen Wettbewerbsvorteil als Tourismusdestination. Es trägt dazu bei, dass sich Familien mit Kindern in der Gemeinde ansiedeln und sendet ein positives Signal weit über die Gemeindegrenzen hinaus.

Ich freue mich schon auf die vielversprechende Arbeit und werde die Grundgedanken der FPÖ für Familien in unserer Gemeinde vertreten.

A.M.

# Entlastung oder Verkehrschaos

Unser Anliegen in der der Gemeinde ist es, das zu erwartende Verkehrsaufkommen in die richtigen Bahnen zu lenken. Es ist durch Ansiedelung von Firmen (Fa MTE-Elsenhuber, Fa. Redbull usw.) mit einer Überlastung des Verkehrs zu rechnen. Das räumliche Entwicklungskonzept (REK) sieht einen Bedarf von ca. 300 Wohneinheiten bis zum Jahr 2020 vor. In der Gemeinde sind ca. 3.500 Personen erwerbstätig und insgesamt wohnen per 01.01.2013 5.324 Personen. Ein Plus von 255 Personen in der Zeit von 2008 bis 2013.



Die Daten zeigen welchen Verkehr wir selbst in der Gemeinde produzieren. Was noch nicht angesprochen wurde, ist der Durchzugsverkehr, den wir nicht verhindern können. In einem Verkehrsentwicklungsplan finden sowohl soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Aspekte, als auch die unterschiedlichen Anforderungen von Frauen und Männern an die verschiedenen Verkehrssysteme Berücksichtigung. Er schafft für den Zeitraum von 10 bis 15 Jahre den Rahmen für die weitere verkehrliche Entwicklung in der Gemeinde.



Im Detail wäre zu überlegen: Verlängerung des O-Busnetzes; Entlastung des Kreisverkehrs; Überdenken des Straßennetzes; Errichten einer Brücke (kein Steg) etwas südlicher; Schaffen von Parkplätzen bei der Sportanlage durch Erwerben von Grundstücksteilen der Rainerkaserne; Parkplatzschaffung bei öffentlichen Verkehrsmittel.

Ein Service für die Gemeindebürgerinnen und Bürger wäre die Verlängerung des BusTaxis nach Elsbethen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass wir alles schlecht finden oder schlecht reden! Ganz im Gegenteil! Wir möchte für die Gemeindebürgerinnen und Bürger das Beste herausholen, um die Gemeinde weiterhin lebenswert zu gestalten und erhalten. S.L

## MUSEUMKAUF



Nach langjährigen Verhandlungen ist es der Gemeinde gelungen, das Museum zum Pulvermacher sein Eigen zu nennen. Herzlichen Glückwunsch!

## Gemeindezentrum Elsbethen



*Gemeindezentrum oder Gemeindebauten?*

**GETRÄNKEHANDEL & CATERING**

**GETRÄNKE LINDNER**  
ELSBETHEN

## ESV-ELSBETHEN



## Herzlich Willkommen!



Im Rahmen des Ferienkalenders der Gemeinde Elsbethen hat der Eisstockverein eine Wanderung durch die Glasenbach-Klamm zum Gasthaus Ramsau durchgeführt. Eine kleine aber lustige Gesellschaft machte sich zeitig in der Früh auf den Weg. Da es, wie in diesem Sommer so häufig, sehr heiß war, bot sich die kühle Klamm ideal zum Steinklopfen und Dinosaurier erforschen an. Beim Eintreffen in der Ramsau überraschte unsere Elfi mit Pizza, kalten Getränken und Eis.

Nach einem ausgelassenen Bad im Brunnentrog ging es wieder fröhlich zurück nach Glasenbach.

Der Eisstockverein Elsbethen hat in diesem Sommer die Traditionsvereine zu einem freundschaftlichen Eisstockturnier eingeladen. Bei traumhaftem Wetter haben die Eglseer, Pranger Schützen und Trachtenmusik ihr Bestes gegeben.

Bei der Siegerehrung mit Grillen und Bier vom Fass fand ein lustiger, geselliger Tag seinen Ausklang.

Der ESV-Elsbethen bedankt sich für die Teilnahme und hofft dass wir den einen oder andere als Mitglied in unseren Verein begrüßen können.



## Heinz-Christian STRACHE in SALZBURG



Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache war persönlich anwesend. Wir werden das großartige Potenzial der Salzburger FPÖ künftig auch ausschöpfen.

Künftig werden wir das Gemeinsam mit unserer Jugend, sowie unserer älteren Generation die FPÖ im Salzburg auf allen Ebenen stärken.



## Schnells Partei ist zahlungsunfähig

### FPÖ stellt Insolvenzantrag gegen Karl Schnells FPS

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat gegen Dr. Karl Schnell und dessen neue Partei (FPS) mit Beschluss des Landesgerichts Salzburg vom 30.07.2015, eine einstweilige Verfügung erwirkt, mit der Schnells FPS untersagt wurde, die Bezeichnung „Freiheitliche“ oder ähnliche Bezeichnungen als ihren Namen oder als Bestandteil ihres Namens zu verwenden. Da sich die FPS mehrfach nicht an die einstweilige Verfügung gehalten hat, sind inzwischen vom Bezirksgericht Salzburg Geldstrafen in der Höhe von insgesamt 41.490 Euro zugunsten des Bundes, sowie fast 20.000 Euro Prozesskosten zugunsten der FPÖ verhängt worden.

„Trotz Aufforderung der FPÖ, die Prozesskosten zu überweisen, blieb seitens der FPS eine Zahlung aus“, so Andreas Schöppl. „Daher leitete die FPÖ ein Fahrnisexekutionsverfahren ein, um die Prozesskosten einbringlich zu machen.“

Die FPS hat nun vor dem Bezirksgericht Salzburg am 23. September angegeben, dass sie lediglich über Kapitalmittel von nicht einmal 2.000 Euro verfüge. Die FPS gesteht also selbst ein, zahlungsunfähig und überschuldet zu sein. Da somit die Voraussetzungen für eine Insolvenz vorliegen, hat die FPÖ beim Landesgericht Salzburg die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt. „Somit scheint es wohl mit der FPS bald vorbei zu sein!“, so Schöppl abschließend.

## Und Millionen stehen noch bereit!

Geht es Ihnen auch so? Ich kann es nicht mehr hören und lesen! Seit Monaten trommeln die Medien, allen voran der ORF und die SN, als Sprachrohr der „guten“ Menschen auf uns ein, versuchen unser Gewissen wach zu rütteln, bestimmen was menschenwürdig und was menschenunwürdig ist, und machen uns weis, dass 70 % unserer Mitbürger keine anderen Bedürfnisse und Wünsche mehr haben, als zu helfen, zu helfen und wieder zu helfen. Sollte das mit den 70 % tatsächlich richtig sein, was ich anzweifle, dann stimmt was Albert Einstein einmal sinngemäß gesagt hat: zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher!

Ich habe lange überlegt, ob ich in meinem Beitrag das Flüchtlingsthema überhaupt thematisieren soll, weil wir allemal genug davon haben und es schon hunderte andere dumme, aber auch gescheite Beiträge dazu gegeben hat. Leider mehr dumme! Aber wann hat man schon Gelegenheit, sich den Ärger von der Seele zu schreiben!



Ich vermisse die offiziellen Beiträge zu den Konsequenzen der Flüchtlingsmisere. Ich vermisse auch die Wortmeldungen der Politiker zu den immensen Kosten, die durch Familienzusammenführungen, Um- und Einschulungen, dem notwendigen Wohnungsbedarf und nicht zuletzt durch die jetzt schon zum Scheitern verurteilten Integrationsbemühungen auf uns zukommen werden. Man ist vor lauter Fürsorge um echte und um vermeintliche Flüchtlinge offensichtlich blind. Der Notstand, der uns zur Zeit besorgt, wird uns bleiben. Man hütet sich ja davor, ein Machtwort zu sprechen und endlich eine Obergrenze zu ziehen.

Ich nenne keine Zahlen, weil ich sie nicht kenne, und weil ich davon ausgehe, dass die kolportierten Mengen auch nicht annähernd stimmen. Aber es genügen fünf Finger, um zu erkennen, dass die sicherlich großzügig gehandhabte Familienzusammenführung, natürlich auf unsere Kosten, die Anzahl der Asylanten verdoppeln, wahrscheinlich sogar verdreifachen wird. Dabei habe ich berücksichtigt, dass nicht jeder Flüchtling Familie hat, andere dafür aber mit mehreren Frauen und unzähligen Kindern auftrumpfen werden.

Wo werden diese Flüchtlingsfamilien wohnen, wo werden sie arbeiten? Diese Frage hat sich offensichtlich noch niemand gestellt. In unserem Land herrscht Wohnungsnot und mehr als 300.000 Österreicher sind aufgrund der tristen, von unseren Politikern verschuldeten Wirtschaftslage, arbeitslos.

Seitdem Rot und Schwarz das Land gemeinsam herunterwirtschaften, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir Österreicher unseren früheren Status in allen Bereichen verloren haben. Wir zahlen zwar die höchsten Steuern, haben aber trotzdem Schulden, die denen Griechenlands um nichts nachstehen. Wir haben ein kaputtes Bildungssystem, keine Landesverteidigung, die es verdient so genannt zu werden, unser Gesundheitssystem ist marod, die überbordende Bürokratie nicht in den Griff zu bekommen et cetera, et cetera. Es gibt eigentlich nichts, was richtig befriedigend funktioniert. Dem ließe sich sogar noch etwas Positives abgewinnen, denn wir hören, dass nur ein Bruchteil der Asylanten bei uns bleiben will. Die Masse, Gott sei Dank, will weiter, nach Deutschland und nach Schweden. Sie haben gehört, dass das Leben dort, einem solchen in Österreich vorzuziehen ist. Dafür ist unseren Politikern, zähneknirschend zwar, aber trotzdem zu danken.

Nicht danken dürfen wir ihnen aber für die Zustände, die sie uns zurzeit beschern. Sie haben uns in eine Unterbringungskrise gestürzt und

werden uns durch ihr derzeitiges Handeln auch noch eine gefährliche Integrationskrise beschern. Die Kosten will ich jetzt einmal bei Seite lassen, aber das Bleiberecht für viel zu viele Asylanten mit ihren Familien wird unsere Gesellschaft für Jahrzehnte nicht nur belasten sondern auch gefährden. Wir haben schon eine Gruppe von neuen Mitbürgern im Staat, die unserem Kulturkreis fremd sind, und sich trotz kostenintensiver Bemühungen nicht integrieren lassen wollen. Der Besuch von Erdogan in Wien hat gezeigt, wo sie tatsächlich zu Hause sind und für welches Land ihr Herz schlägt. Und nun kommen noch die Syrer. Sie sind die zahlenmäßig größte Einwanderergruppe und werden alle ihren Asylantenstatus erhalten.

Und dann? Sie dürfen sich eine Wohnung und eine Arbeit suchen. Aber ohne Wohnung kein Meldezettel, ohne Meldezettel keine Arbeit, und ohne Arbeit auch keine Wohnung. Ein Teufelskreis, den wir aber nicht zu verantworten, letztendlich aber zu bezahlen haben werden. Mit der Grundversorgung ist es nach drei Monaten zu Ende, dann wird man in irgendeiner Form dem Staat auf der Tasche liegen. Helfer werden sich immer finden, mit der Freiwilligkeit wird es aber bald einmal vorbei sein. Dolmetscher, Psychologen, Ärzte, Rechtsanwälte und alle anderen, selbsternannten aber teuren Berater und Betreuer werden unseren jetzt schon wackeligen Staatshaushalt noch mehr belasten. Und das für eine Gruppe für uns fremder Menschen, die zwar bleiben und unser Sozialsystem ausnützen werden, sich aber nie und

nimmer so integrieren lassen können, dass wir sie irgendwann einmal als Österreicher werden sehen können.

Diese Integrationskrise hat aber auch noch einen viel gefährlicheren Aspekt. Die Einwanderer sind untereinander heillos zerstritten. Die Moslems unter ihnen waren sich schon zu Hause nicht grün, und werden ihre religiösen Streitigkeiten, nur weil sie jetzt in Österreich leben, sicherlich nicht beenden.



Einen Vorgeschmack auf das, was uns bevorsteht gab es im August in einem Asylquartier in Lofer, wo zwei Asylantengruppen aneinander gerieten. Dort wollten Syrer nicht mit Irakis wohnen oder umgekehrt. Integrationsbeauftragte in jedem Dorf werden da wohl auch nicht helfen können. Und schon gar nicht vor der von nun an latenten Terrorgefahr. Zurzeit müssen wir mitansehen, wie unser Geld großzügig für Fremde, die uns immer fremd bleiben werden, ausgegeben wird. Es ist mir völlig unverständlich, dass sich dafür tausende von Fürsprechern gefunden haben: warme Kleidung, Taschengeld, Telefone, dann ein Recht auf Ausbildung, Umschulungen und natürlich „menschwürdige“ Unterkünfte. Wo werden sich letztere finden lassen. Aber ich bin sicher, dass die von der Regierung eingesetzte Task-Force auch dafür eine Lösung finden wird. Es gibt ja das Durchgriffsrecht, und da wird sich wohl auch Platz in unseren Wohnungen finden lassen. Zwangseinquartierung hat man das früher genannt. Und unsere eigenen Mitbürger? Manche unserer älteren Menschen, oder unschuldig in Not geratene Österreicher können nur träumen von dem, was man uns völlig fremden Menschen mit vollen Händen nachwirft.

Mit dem inneren Frieden in unserem Land ist es vorbei. Wir haben die Syrer, die Irakis, die Afghanen und die Schwarzafrikaner nicht gerufen und es ist zu bezweifeln, dass sie sich wie Gäste betragen werden. Sie werden uns nur Unfrieden bescheren und immer das bleiben, was sie sind, ein ungeliebter Fremdkörper. Erschüttert bin ich über die vielen Mitbürger, die offensichtlich ein Brett vor dem Kopf haben, und nicht sehen oder nicht sehen wollen, welche Probleme wir uns zur Zeit selbst bereiten.

## Gewalt eskaliert in Salzburg

**FPÖ-Steiner-Wieser fordert mehr Polizei auf den Straßen**



Kleinere und größere Gesetzesübertretungen von Asylwerbern gehören mittlerweile zum Bild in Österreich. Zwar hat die Regierung Polizei und Presse einen Maulkorb verpasst, aber mehr und mehr Gesetzesübertretungen und Verbrechen treten ans Tageslicht. „Die Bevölkerung hat wegen der steigenden Zahl von Asylwerbern Angst. Die Medien berichten nur von lieben Familien und zeigen Bilder von weinenden Kindern, doch die Realität sieht anders aus, wie wir letzte Woche bei dem brutalen Mord im Leherer Park sehen konnten“. Knapp 80 Prozent der Asylwerber sind laut UN-Angaben jung, männlich und teils extrem gewaltbereit.

Die Reaktion von Stadt-Vize Anja Hagenauer folgte prompt. Sie beauftragte das Gartenamt, die Hecken zu schneiden und Fahrradwege neu zu gestalten. Auch Wegweisungen von Verdächtigen kämen für Hagenauer eventuell in Frage. Für Steiner-Wieser lachhaft: „Glaubt Hagenauer wirklich, dass sich gewaltbereiten Asylwerbern von einer geschnittenen Hecke einschüchtern lassen!?

Bereits vor einem Jahr warnte die freiheitliche Mandatarin vor der Schließung von Wachstuben und den sich daraus ergebenden Schlupflöchern für Kriminelle. Besonders dramatisch ist jener Mord im Leherer Park, da den afghanischen, mutmaßlichen Tätern wahrscheinlich nicht einmal der Asylstatus entzogen wird: „Laut einer Studie, erwartet sich eine Mehrheit der Salzburger von Zuwanderern gute Deutschkenntnisse und Achtung der Gesetze und Institutionen“, so die FPÖ-Politikerin. „Wegen der Asylkrise sitzen die Polizisten aber zwecks Niederschriften in den Wachstuben und können ihren eigentlichen Aufgaben nicht nachkommen. Daher fordere ich verstärkte Polizeipräsenz und konsequente Abschiebung straffälliger Asylwerber!“, so Steiner-Wieser abschließend.



# Diskussionsabend

mit der Landtagsabgeordneten

# Marlies STEINER-WIESER



**am Donnerstag, 29. Okt. 2015**  
**um 20:00 Uhr**  
**im Gasthof Rechenwirt**  
**KOMM VORBEI!**  
**Hör Dir das an!**